

TRENDWATCH

GENERATIONENGERECHTIGKEIT
DURCH NACHHALTIGKEIT,
MODERNISIERUNG UND
TRAGFÄHIGE STAATSFINANZEN

INHALT

Management Summary	3
1. Grundlegende Herausforderungen der Generationengerechtigkeit	4
2. Nachhaltigkeit: Mehr Langfristigkeit	6
2.1. Status quo	6
2.2. Blick ins europäische Ausland	9
2.3. Impulse und Lösungsansätze	10
3. Staatsverschuldung, Ausgaben- und Rentenpolitik: Transparenz sorgt für nachhaltige Finanzen	11
3.1. Status quo	11
3.2. Blick ins europäische Ausland	13
3.3. Impulse und Lösungsansätze	15
4. Modernisierung: Zurück in die Zukunft	16
4.1. Status quo	16
4.2. Blick ins europäische Ausland	18
4.3. Impulse und Lösungsansätze	19
5. Fazit	21
Fußnoten	22



MANAGEMENT SUMMARY

Aus der Sicht der jüngeren Generation ist es fraglich, ob eine Generationengerechtigkeit im Einklang mit Nachhaltigkeit, Modernisierung und tragfähigen Staatsfinanzen möglich ist. Während die Schuldenberge weiter ansteigen, bleiben langfristige und nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur sowie in die Bildung auf der Strecke. Dieses Trendwatch Positions-

papier stellt den Status quo so dar, wie die junge Generation ihn sieht. Generationengerechtigkeit ist aktuell nur eingeschränkt gegeben. Ohne eine Verschiebung hin zu einem langfristigen Denken und Handeln sowie einer klaren Aussage der Politik zur finanziellen Transparenz wird es nicht gehen.



1. GRUNDLEGENDE HERAUSFORDERUNGEN DER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Unter den jüngeren Wähler*innen war die Euphorie nach der Bundestagswahl und den Koalitionsverhandlungen 2021 groß: Eine Mehrheit wünschte sich eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP.¹ Nach den langen Jahren der großen Koalition neigten viele Jüngere vor allem den Grünen und der FDP zu und hofften auf einen frischen Wind in der Politik. Die Ampel hatte bei ihrem Start versprochen, verstärkt die Anliegen der jüngeren Menschen ins Blickfeld zu nehmen.² So hatte sich das Bundesfinanzministerium, neben der Einhaltung der Schuldenbremse und dem Vorantreiben der Digitalisierung, explizit die Sicherstellung der Generationengerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben.³ Gemeint war, dass beim heutigen Handeln die Folgen für die Zukunft mit zu bedenken sind. Damit sollte zukünftigen Generationen eine Welt hinterlassen werden, in der sie gut leben können.⁴

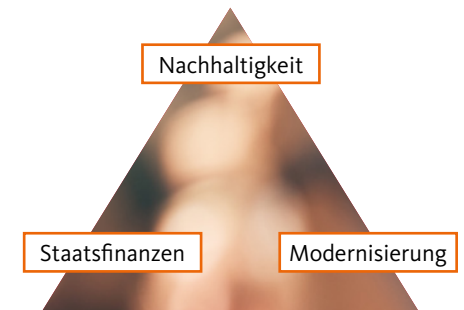
Nach einiger Zeit machte sich unter den Jüngeren Ernüchterung breit. Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende hatten stark unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie zugunsten der Allgemeinheit und vor allem zugunsten der älteren Generation viele Einschränkungen hinnehmen müssen. Krisen wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die damit verbundenen steigenden Energiepreise sowie die seit 2022 neue Höhen erreichenden Inflationsraten und

Zinsen verschoben den Fokus der Politik. Nunmehr gelten weniger die von der Ampel ursprünglich ausgerufenen Schwerpunkte Fortschritt und Erneuerung, sondern das oberste Gebot heißt Krisenbewältigung. Im Dezember 2022 berichteten viele Medien über die Jahresbilanz der Koalition. Es wurde vieles angekündigt, aber zu wenig umgesetzt.⁵

Es ist verständlich und notwendig, dass die Politik angemessen auf diese Krisen reagiert. Trotzdem fühlt sich die jüngere Generation immer mehr benachteiligt, weil die Politik langfristige Probleme nicht angeht.⁶ Während immer weniger in die öffentliche Infrastruktur investiert wird,⁷ häuft die Politik höhere Schulden in Form von sogenannten „Sondervermögen“ an.⁸ Das zentrale Problem der langfristigen Finanzierbarkeit der Rente wird weitgehend ignoriert. Der russische Angriffskrieg machte die Träume einer raschen nachhaltigen Energieversorgung zunichte, da wieder verstärkt auf fossile Energieträger gesetzt werden musste. Es ist fraglich, ob aktuell eine „Generationengerechtigkeit“ überhaupt gegeben und gewünscht ist.

Um Generationengerechtigkeit herzustellen, steht der Staat zugegebenermaßen in einem Spannungsverhältnis. In einer idealen Welt ist Generationengerechtigkeit dadurch gekennzeichnet, dass sich die Aspekte Nachhaltigkeit, Staatsfinanzen und Modernisierung in einem Gleichgewicht befinden.

Das magische Dreieck stellt sicher, dass jede Generation sowohl eine angemessene und moderne Infrastruktur als auch einen nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit knappen Ressourcen vorfindet und für den Erhalt dieser sorgt. Zusätzlich sollen die Staatsfinanzen nicht über Gebühr belastet werden, was die Möglichkeiten zur Verwendung von Staatsausgaben für Investitionen in Fortschritt und Modernisierung von zukünftigen Generationen einschränken würde.



Dieses Papier wird die genannten Aspekte im Hinblick auf den Status quo darstellen. Es zeigt auf, wie es aktuell in Deutschland um die Generationengerechtigkeit bestellt ist.⁹

Dabei wird auch das europäische Ausland betrachtet, wie man dort mit diesem Problem umgeht. Gibt es eventuell Vorbilder, an denen sich Deutschland orientieren könnte?

Darauf aufbauend werden Impulse an die Politik gegeben und Lösungsansätze abgeleitet. Letztlich wird die Frage adressiert, wie langfristig eine Generationengerechtigkeit hergestellt werden kann.



2. NACHHALTIGKEIT: MEHR LANGFRISTIGKEIT

2.1. Status quo

Die aktuellen Zeiten sind geprägt von den globalen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Effekte zeigen sich hier in der Verschärfung der Unterbrechung von Lieferketten, welche die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen stellt. Auf das Aussetzen von Gaslieferungen durch Russland an mehrere Mitgliedsstaaten der EU und der Einigung der 27 europäischen Mitgliedsstaaten in der Erklärung

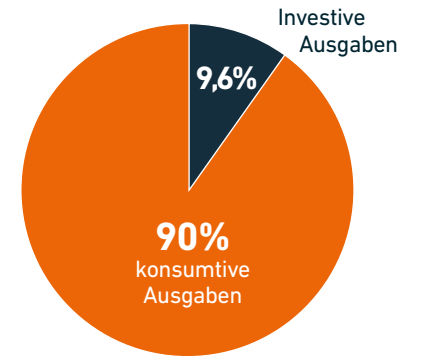
von Versailles im März 2022, die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland so bald wie möglich zu beenden, folgte ein sprunghafter Anstieg der Energiepreise seit der zweiten Hälfte 2022.¹⁰ Dabei führten die Energiepreissteigerungen zu einem signifikanten Anstieg der Inflation. Die Inflation erreichte mit 10,4% ihren Höhepunkt im Oktober 2022¹¹ Sie blieb konstant hoch auf einem Niveau, das letztendlich in den 1980er Jahren erreicht wurde.¹²

Laut Eurostat wurde der Anstieg der Verbraucherpreise zuletzt im Juni 2023 auf 5,5 % geschätzt.¹³ Bei diesen Entwicklungen kann von steigenden Leitzinsen ausgegangen werden.¹⁴

Mit dem Fokus auf die Erhaltung der Versorgungssicherheit verlagert sich der bisherige Kurs. So sind Entwicklungen erkennbar, die Globalisierung zu entflechten. Das „Geschäftsmodell Deutschland“, das von Exportorientierung und Produktionsverlagerungen ins Ausland gekennzeichnet war und noch ist, steht vor Anpassungen.¹⁵ Die geopolitischen Entwicklungen führen zu gravierenden Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen, flankiert von immer höheren Schulden. Diese sind nicht per se als negativ zu bewerten. Problematisch wird es, wenn neu aufgenommene Gelder zu einem Großteil nicht in Investitionen, sondern in konsumtive Staatsausgaben fließen. So sind im Jahr 2022 von den gesamten Staatsausgaben lediglich ein Anteil von ca. 9,6% auf investive Ausgaben entfallen. Der Rest von über 90% ist in konsumtive Ausgaben geflossen.¹⁶ Zukunftsinvestitionen sind also Mangelware und es ist fraglich, wie der Anteil der Investitionen am Bundeshaushalt gesteigert werden könnte. Ebenso fraglich ist, inwieweit Entscheidungen in nachhaltige Zukunftsinvestitionen bei Klimaschutz, Digitalisierung, Innovation sowie Forschung und Entwicklung aufgrund der Marktentwicklungen sowie der Preisunsicherheiten verschoben oder ausgesetzt werden.

In Einklang mit den Klimazielen der Vereinten Nationen sind für Unternehmen nachhaltiges Wirtschaften und das Tätigen verantwortungsvoller Investitionen strategisch wichtiger geworden. Das unternehmerische Handeln wird

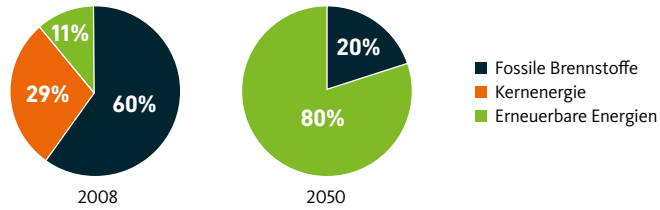
STAATSAUSGABEN 2022



hier von den Dimensionen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environment, Social and Governance, kurz: ESG) bestimmt. Diese Eckpunkte bilden eine entscheidungsrelevante Basis für Investoren und stellen die Weichen für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und Reputation von Unternehmen. Die Notwendigkeit zum nachhaltigen unternehmerischen Handeln wird u.a. durch das Urteil des Gerichts von Den Haag deutlich, das weltweit erstmals den europäischen Ölkonzern Shell konkret zur Emissionsreduktion verpflichtet und den Konzern zu drastischen Klimaschutzmaßnahmen zwingt.¹⁷ Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass Klimaschutz eine Frage der Generationengerechtigkeit ist und der Politik aufgegeben, die Reduzierung der CO₂-Last „vorausschauend“ über die Zeit zu verteilen und im Klimaschutzgesetz Regeln ab 2030 und für einen längeren Zeitraum aufzustellen.¹⁸

Nachhaltige Zukunftsinvestitionen stellen einen Grundpfeiler der Generationengerechtigkeit dar. Blickt man auf den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2023 und den Finanz-

ENERGIEMIX IN DER STROMERZEUGUNG



plan 2026, plant die Bundesregierung im Jahr 2023 mit Investitionen von über 58,4 Milliarden Euro und in allen Jahren des Finanzplanzeitraums mit rund 52 Milliarden Euro.¹⁹ Der Regierung zufolge werden darin zum einen mit der Rückkehr zur finanzpolitischen Neutralität die kommenden Generationen entlastet und Handlungsspielräume für die kommenden Herausforderungen geschaffen; zum anderen wird eine konkrete Vorsorge zur Bewältigung der aktuellen Krisen geleistet.²⁰ Den im Regierungsentwurf geplante größte Ausgabenblock stellen klassische Verkehrsinvestitionen dar. Für das Jahr 2023 sind für die Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße rund 18,6 Milliarden Euro und für die Finanzplanjahre danach ein kontinuierlicher Anstieg auf bis rund 20,8 Milliarden Euro im Jahr 2026 vorgesehen. Inwieweit diese Investitionen insbesondere im Verhältnis zu den geplanten Investitionen für die Modernisierung und Digitalisierung des Landes als substantielle Zukunftsinvestitionen zur nachhaltigen und generationengerechten Transformation beitragen werden, ist fraglich. Den ersten Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 und der Finanzplan 2027 hat das Bundesministerium der Finanzen am 5. Juli 2023 im Kabinett vorgestellt.²¹ Trotz der eingeleiteten restriktiven Haushalts- und Finanzpolitik bleiben die Investitionsausgaben auf hohem Niveau, gegenüber dem Vorkrisenniveau (Ist 2019: 38,1 Mrd. €) werden sie erheblich gesteigert. Im Jahr 2024 sind insgesamt rd. 54,2 Mrd. € vorgesehen, um

notwendige Zukunftsinvestitionen insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Mobilität, Bildung und Forschung zu ermöglichen. Auch der geplante Rückgang der Nettokreditaufnahme auf 16,6 Mrd. Euro (2023: 45,6 Mrd. Euro) ist ein konsequent richtiger Schritt.²²

Mit Blick auf die global definierten Klimaziele muss das derzeitige Energie- und Klimakonzept geändert werden, wobei das verwendete Investitionsvolumen wohl signifikant auszubauen sein wird. Der bisherige Energiemix in der Stromerzeugung setzte sich 2008 aus 60% fossilen Brennstoffen, insbesondere Stein- und Braunkohle, Heizöl und Gas, 29% aus Kernenergie und nur zu 11% aus erneuerbaren Energien zusammen.²³ Im Jahr 2050 soll sich das Verhältnis im Energiemix bereits drastisch geändert haben: Dann sollen 80% der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und lediglich 20% aus fossilen Brennstoffen generiert werden. Obwohl der Kohleausstieg im Jahr 2020 gesetzlich vereinbart wurde, stockt die Energiewende aufgrund von Problemen bei der Windenergie und dem Bau von Stromtrassen.²⁴ Momentan sind die Hürden für planungsrechtliche Ausweisung neuer Flächen für Windkraftanlagen sehr hoch und die Genehmigungsprozesse sind mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden, der den Bau von Windkraftanlagen ins Stocken gebracht hat. Erfreuliche Ausnahmen, wie der Entstehungsprozess des neuen LNG-Terminals in Wilhelmshaven (Eröff-

nung im Dezember 2022) zeigen, dass es sehr wohl anders gehen kann.²⁵

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat dies möglich gemacht, aber die Situation weiterverschärft. Entscheidungen in diesem Kontext werden im Krisenmodus gefällt, wobei als oberstes Ziel die Sicherung der Energieversorgung Deutschlands steht und Investitionsent-

scheidungen vor dem Hintergrund der Versorgungssicherung getroffen werden.

Doch auch vor Ausbruch des russischen Angriffskrieges war das von der Bundesregierung verfolgte Energie- und Klimakonzept eher von endenden Legislaturperioden als von Kontinuität sowie einer langfristigen und konsistenten Ausrichtung geprägt.

2.2. Blick ins europäische Ausland

Fest steht, dass zum Erreichen der Klimaziele weltweit agiert werden muss, da der Klimawandel nicht an Grenzen Halt macht. Die EU verfolgt das verbindliche Ziel, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, und bis 2030 sollen die Emissionen um mindestens 55% reduziert werden. Das reicht nicht: Die Entwicklungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Verkehrspolitik muss sich global an den Zielen des Klimaschutzes orientieren. Energiepolitisch besteht zur Reduzierung der Treibhausgase die Notwendigkeit, den richtigen Energiemix zu fördern und nachhaltig zu verfolgen. Wasserstoff könnte als flexibel einsetzbarer und leicht transportierbarer Energieträger zu einem essenziellen Bestandteil im Energiemix werden. Wenn Wasserstoff mit erneuerbaren Energien hergestellt wird, ist er klimafreundlich und könnte bspw. die chemische Industrie oder den Stahlbau versorgen. Der Anteil von Wasserstoff am globalen Energiemix könnte in den nächsten 30 Jahren auf über 20% steigen.²⁶ Ein Blick ins europäische Ausland zeigt am Beispiel Spanien, dass Wasserstoff ein wichtiges Element auf dem Weg zur Erreichung von Klimaneutralität darstellt und damit zur Unabhängigkeit Spaniens von Energieimporten und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze beiträgt.

Best Practice: Größte Wasserstofffabrik in Spanien

In Puertollano, einer Kleinstadt 250 Kilometer südlich von Madrid, wurde die größte Produktion Europas für grünen Wasserstoff in Betrieb genommen.²⁷ Der spanische Energiekonzern Iberdrola investierte 150 Millionen Euro, um 3.000 Tonnen grünen Wasserstoff pro Jahr zu produzieren und damit 48.000 Tonnen CO₂-Emissionen zu vermeiden – etwa so viel wie rund 22.000 deutsche Haushalte im Jahr ausstoßen. Mit einem Investitionsvolumen von 1,8 Milliarden Euro soll die Kapazität bis 2027 auf 40.000 Tonnen grünen Wasserstoff pro Jahr ausgebaut werden und sich mehr als verzehnfachen. Spanien verfolgt das Ziel, unabhängiger von Energie-Importen und fossilen Brennstoffen zu werden. Außerdem soll der grüne Wasserstoff auch ins übrige Europa exportiert werden.²⁸

2.3. Impulse und Lösungsansätze

Was ist für ein nachhaltiges und generationengerechtes Leben notwendig?

Fokus auf eine langfristige und konsistente Energie- und Klimapolitik und einen nachhaltigen Energiemix

Die Klimaziele sind nur durch die stringente Verfolgung eines gezielten Netzausbaus unter Beteiligung sämtlicher Akteure und Schaffung sowie Ausbau von Speichermedien für regenerative Energien möglich. Die Pläne und Maßnahmen dafür sollten nicht durch endende Legislaturperioden motiviert sein. Eine erfolgreiche Energie- und Klimapolitik sollte daher auch ein Mindestmaß an Kontinuität aufweisen und nicht durch ideologische Grabenkämpfe bestimmt werden. Dabei sollte sie nachvollziehbar und verständlich gestaltet sein. Es ist daher notwendig, dass langfristige Ziele und der verfolgte Energiemix sowie

die staatlichen Entscheidungen und Maßnahmen zur Umsetzung nachvollziehbar begründet und transparent überwacht werden. Wissenschaft und Politik müssen dabei Hand in Hand arbeiten, in dem aus dem gemeinsamen Dialog strategische Allianzen gebildet und langfristig verfolgt werden können. Dabei gilt es, angemessen über Chancen und Risiken neuer Technologien sowie über die Strategie zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu informieren. Ausgerichtet an der nachhaltigen Strategie müssen ausreichend und wirkungsvoll Förderungen zur Verfügung gestellt werden.

Fokus auf nachhaltige Investitionen und Förderung durch die öffentliche Hand

Um die gesteckten Klimaziele zu erreichen, muss der Fokus in den kommenden Jahrzehnten auf Investitionen in nachhaltige Technologien, Geschäftsmodelle und Transport sowie Verkehr liegen, das gilt für den öffentlichen Sektor und die privatrechtlichen Unternehmen. Die bisherigen vorgesehenen Investitionsvolumina, ob staatlich oder privat, erscheinen für das Vorhaben „Klimaneutralität“ limitiert und reichen wohl nicht aus, um die proklamierten Klimaziele zu realisieren. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen viele nachhaltige Schlüsseltechnologien in der Anfangsphase und weitere technologische

Durchbrüche lassen auf sich warten. In der Forschungsphase und in der späteren Einführungs- und Wachstumsphase werden wirkungsvolle Subventionen und Fördermaßnahmen durch die öffentliche Hand neben privatwirtschaftlichen Investitionen den Technologien einen entscheidenden Schub geben. Trotz der bestehenden geopolitischen Herausforderungen muss der Fokus auf langfristigen strategischen Zielen liegen. Investitionen dürfen nicht für Technologien und Strukturen verwendet werden, die mittel- bis langfristig ohnehin zu transformieren sind.



3. STAATSVerschuldung, AUSGABEN- UND RENTENPOLITIK: TRANSPARENZ SORGT FÜR NACHHALTIGE FINANZEN

3.1. Status quo

Für den Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland markiert das Jahr 2022 einen Ausnahmestand. Bedingt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den Nachholbedarf bei der Ausrüstung der Bundeswehr, die Energiepreiskrise und die Nachwirkungen der Corona-Pandemie wird die Verschuldung in diesem Jahr einen neuen Rekord darstellen. Die Neuverschuldung war bisher in keinem Jahr der bundesrepublikanischen Geschichte höher als im Jahr 2022. Die Reaktivierung des Wirt-

schaftsstabilisierungsfonds (WSF) mit den Preisbremsen für Gas und Strom, das Sondervermögen für die Bundeswehr sowie die Verpflichtungen des regulären Haushalts lassen den Schuldenstand innerhalb eines Jahres um rund 500 Milliarden Euro anwachsen.²⁹ Die Gesamtverschuldung des Bundes wird so mittelfristig einen Rekordwert von 2 Billionen Euro erreichen.³⁰ Hier unternimmt die Politik einige Anstrengungen, den wahren Schuldenstand über die Verlagerung von Ausgaben in sogenannte

Sondervermögen oder über Buchungspraktiken zu verschleiern.³¹ Aus dem offiziell ausgewiesenen Schuldenstand wird so die Lage der Bundesfinanzen nicht mehr wirklich deutlich.

Mit der höheren Verschuldung werden deutlich höhere Tilgungsverpflichtungen einhergehen.³² Bis zum Jahr 2028 wird mit jährlichen Tilgungsverpflichtungen von rund 18 Milliarden Euro ein Niveau erwartet, das die strukturell erlaubte Nettokreditaufnahme übersteigen wird. Gemäß den Vorgaben der Schuldenbremse sind pro Jahr lediglich Nettokreditaufnahmen von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts erlaubt. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird daher erwartungsgemäß die Tilgungsverpflichtung aus dem Schuldenstand den erlaubten Kreditrahmen aus der Schuldenbremse übersteigen.³³ Vorbei sind außerdem die Zeiten, in denen der Bund Gelder zu extrem niedrigen Zinssätzen bzw. sogar zu negativen Zinsen aufnehmen konnte. Dies verschärft das Problem der steigenden Staatsverschuldung weiter, weil für einen höheren Schuldenstand zukünftig höhere Zinszahlungen zu leisten sind. Auch sinkende Steuereinnahmen könnten das Problem weiter verschärfen.³⁴ Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 veranschlagt das Bundesministerium der Finanzen daher Zinsausgaben in Höhe von insgesamt rd. 37 Mrd. €, nach nur rund 3,9 Mrd. € in 2021 und eine Neuverschuldung von 16,6 Mrd. Euro.³⁵

Der sprichwörtliche „800-Pfund-Gorilla“ in Form der Demografie kommt erst noch auf die Bundesfinanzen zu, wodurch sich das Problem der hohen Staatsverschuldung weiter verschlimmert:³⁶ Die Alterung der Gesellschaft und die Rentenansprüche der Babyboomer-Generation erhöhen den Druck auf die Rentenkassen. Mit

einem erklärten politischen Ziel, den Beitragsatz für die Rente weitgehend stabil zu lassen und das Renteneintrittsalter nicht anzutasten, werden die Zuwendungen aus Steuergeldern erhöht werden müssen.

Der Koalitionsvertrag der Ampel enthält für die jüngere Generation Ankündigungen, die grundsätzlich als positiv zu bewerten, jedoch nicht ausreichend sind. So sollen neben einer Erhöhung von allgemeinen Fördersatzen und des Bafögs zur Zukunftssicherung der Altersvorsorge eine „Aktienrente“ eingeführt werden. Der Umstieg eines rein umlagefinanzierten Rentensystems in ein mischfinanziertes Alterungssystem soll so ermöglicht werden, da die gesetzliche Rente von vielen als nicht mehr ausreichend angesehen wird.³⁷ Für 2023 ist als Startschuss bisher nur eine Summe von zehn Milliarden Euro im Haushalt eingeplant.³⁸ Der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, will das Kapital für die Aktienrente deutlich aufstocken: »Wir brauchen mittel- bis langfristig eine dreistellige Milliardensumme, damit die Erträge einen spürbaren Effekt auf die Stabilisierung der Rentenbeiträge und des Rentenniveaus haben können«³⁹. Interessant ist vor allem, dass die Finanzierung von 10 Milliarden Euro jährlich zusätzlich zu den Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung fließen sollen.⁴⁰

Immer weiter steigende Staatsausgaben, eine höhere Staatsverschuldung und eine zukunftsfähige Rentenpolitik werden von der Politik auf die lange Bank geschoben, das benachteiligt die jüngere Generation. Dazu passt, dass das Problem in der Politik noch nicht wirklich angekommen zu sein scheint. Etliche Rentenreformen zu Zeiten der großen Koalition sind vor allem der

älteren Generation zugutegekommen (Altersrente für besonders langjährig Versicherte, sog. „Rente mit 63“, Mütterrente, Grundrente). Zwar behauptet die Politik, diese Reformen seien vor allem für die Bezieherinnen und Bezieher von kleineren Renten gedacht. Studien zeigen jedoch, dass von den Rentenerhöhungen vor allem wohlhabendere Senior*innen profitiert haben.⁴¹ Aktuell verweigert sich die Politik notwendigen Reformen mit dem Argument, dass Generationen nicht „gegeneinander ausgespielt“ werden sollen. Vorschläge wie bspw. des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall sowie ein-

zelner Wirtschaftsweisen, das Renteneintrittsalter deutlich anzuheben, stoßen auf eine breite Kritik. Zwar erscheint das Verhalten aus der Sicht der Politik vor dem Hintergrund eines immer größeren Anteils von älteren Wählern als nachvollziehbar und soll Wählerstimmen sichern. Immer mehr Jüngere befürchten zurecht, die Rechnung für dieses kurzfristige Denken zahlen zu müssen. Auch der Bundeskanzler hat erkannt, dass zu viele Arbeitnehmer*innen früher in Ruhestand gehen wollen. Er will dafür sorgen, dass künftig mehr Menschen erst mit 67 Jahren in Rente gehen.⁴²

3.2. Blick ins europäische Ausland

Handelt es sich bei der kurzfristigen Orientierung der Politik um eine deutsche Besonderheit oder stellt dies ein allgemeines, politisches Phänomen zuungunsten der jüngeren Generation dar? Das IDW hat einen Blick ins europäische Ausland geworfen, um sich der Antwort auf die Frage anzunähern: „Wie gehen andere Länder mit diesem Thema um?“ und „Gibt es möglicherweise Vorbilder, an denen sich Deutschland orientieren könnte?“.

Bei einer Betrachtung der Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt scheint Deutschland in einer komfortablen Situation zu sein. Mit einer Staatsverschuldung von knapp 70% steht Deutschland im Vergleich zum Durchschnitt der Euro-Zone (rund 96%) vergleichsweise gut da.⁴³ Es sieht so aus, als seien kommende Generationen hierzulande nicht benachteiligt. Allerdings ist in der momentanen Staatsverschuldung das Problem der Alterung und mangelnden Finanzierung der Renten nicht berücksichtigt. Obwohl die Sondervermögen für die Bundeswehr und zur Abfederung der hohen Energiepreise die Schuldenquote weiter erhöhen werden, erscheint das Maastricht-Kriterium von 60% zumindest in Reichweite

Deutschlands Staatsverschuldung ist im europäischen Vergleich nur eine Seite der Medaille. Fraglich ist, ob die im europäischen Vergleich niedrige Schuldenquote auch an einem niedrigeren Investitionsniveau liegen kann. Studien zeigen, dass kein Land innerhalb der Europäischen Union weniger in seine öffentliche Infrastruktur investiert als Deutschland.⁴⁴ Während über den Zeitraum seit 2000 die europäischen Staaten im Durchschnitt 3,7% des Bruttoinlandsprodukts bspw. für Investitionen in Straßen, Schulen etc. aufgewendet haben, liegt Deutschland mit einer Quote von 2,1% deutlich darunter. Die deutsche Schuldenbremse bildet nicht die alleinige Ursache für dieses niedrige Niveau.

Vielmehr liegt die niedrige Investitionsquote im europäischen Vergleich auch an langwierigen Planungsverfahren und einem hohen Maß an Bürokratie.

Bei den Rentensystemen existieren in Europa zwei Grundtypen: Zum einen das in Deutschland vorherrschende „Bismarck-Rentensystem“, bei dem die laufenden Rentenzahlungen von den Beitragseinnahmen der aktuell Erwerbstätigen finanziert werden.⁴⁵ Dieses System ist von der Demografie und einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung bedroht. Zum anderen wird im Rahmen des „Beveridge-Rentensystems“ eine Grundrente aus Steuergeldern finanziert, die zumeist über eine verpflichtende Betriebsrente ergänzt wird.

Um dem Problem der steigenden Alterung der Gesellschaft zu begegnen und die Finanzierung eines umlagefinanzierten Rentensystems zu sichern, haben einige Länder in der EU die Renteneintrittsalter bereits angehoben oder andere Systeme aufgebaut.⁴⁶ Diese zeigen unterschiedliche Ansätze, wie ein zukünftiges Renteneintrittsalter festgelegt werden kann.

Auch wenn eine solche Entscheidung zuerst unpopulär erscheint, zeigt das Beispiel Dänemark, dass die Politik grundsätzlich zu Änderungen in der Lage ist.

Best Practice Renteneintritt und -bezug in Dänemark

Auch der nördliche Nachbar Deutschlands hat hinsichtlich seines Rentensystems mit der Demografie sowie einer schwierigen Finanzierung der Rentenansprüche zu kämpfen. Um diesem Problem zu begegnen, hat Dänemark im Jahr 2016 beschlossen, die Rentenbezugsdauer auf eine Periode von 15 Jahren zu begrenzen. Damit wird nicht länger an einem fixen Renteneintrittsalter festgehalten. Stattdessen werden in regelmäßigen Abständen die aktuellen Lebenserwartungen der Dänen von Versicherungsmathematikern berechnet und der Renteneintritt auf der Basis einer verbliebenen Lebenserwartung und Rentendauer von 15 Jahren ermittelt.⁴⁷ Dieses „Einfrieren“ der erwarteten Rentenbezugsdauer soll sicherstellen, dass alle Generationen ähnlich lange in den Genuss der Rentenphase kommen können. Mathematiker haben errechnet, dass sich somit im Jahr 2100 ein Renteneintrittsalter für die Dänen von 77 Jahren ergeben würde.

Im Jahr 2022 haben Analysen ergeben, dass die 2016 eingeführte Methodik zu einer Überschätzung der Lebenserwartung für bestimmte Generationen führt. Eine Anpassung in der Berechnungsmethodik soll jetzt dazu führen, dass die Altersgrenze ab dem Jahr 2045 langsamer ansteigen soll. Nach derzeitigen Erwartungen wird sich das Renteneintrittsalter der Dänen ab dem Jahr 2100 verringern, sodass diese dann „schon“ mit 74 statt 77 Jahren in Rente gehen können.⁴⁸

3.3. Impulse und Lösungsansätze

Aus der Standortbestimmung und dem Vergleich mit dem europäischen Ausland lassen sich die folgenden Vorschläge ableiten.

Nachhaltige Rentenpolitik betreiben

Die Demografie stellt langfristig die größte Gefahr für die Staatsfinanzen dar. Andere Länder in der Europäischen Union haben bereits Maßnahmen hinsichtlich einer nachhaltigen Finanzierung der Altersvorsorge getroffen.⁴⁹ Abgesehen von pauschalen Erhöhungen des Renteneintrittsalters wären Ideen ähnlich dem dänischen System denkbar. So hatte die Stiftung Marktwirtschaft bereits 2020 den Vorschlag zur Berücksichtigung eines Lebenser-

wartungsfaktors bei der Ermittlung des Renteneintrittsalters gemacht.⁵⁰ Neben der Ergänzung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente um eine kapitalgedeckte Rente sind diese Vorschläge begrüßenswert. Eine Reform des deutschen Rentensystems muss im Sinne der Generationengerechtigkeit unbedingt zeitnah angegangen werden. Diese Reform darf nicht zulasten der jungen Generation an der Finanzierungsfrage scheitern.

Nachhaltige und transparente Staatsfinanzen sicherstellen

Die Praktiken, Ausgaben in Sondervermögen auszulagern, um den wahren Stand der Staatsverschuldung zu verschleiern, müssen aufhören. Transparente und nachvollziehbare Staatsfinanzen stellen einen ersten Schritt dar. Dazu gehört die konsequente Einführung der Doppik. Ähnlich wie Unternehmen ihre Verpflichtungen aus Pensionsrückstellungen ausweisen müssen, sollte der Staat künftige Zahlungsverpflichtungen aus Beamtenpensionen, möglichen Inanspruchnahmen durch Bürgschaften etc. ausweisen. Erst ein vollständiger Ausweis der eigenen Verschuldung ermöglicht dem Staat, generationengerecht zu handeln.⁵¹

Außerdem müssen die Staatseinnahmen und -ausgaben überprüft werden. Nicht sinnvolle Ausgaben oder Subventionen müssen auf den Prüfstand. Auf keinen Fall darf Deutschland in einen Subventionswettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen einsteigen. Angedachte Subventionen bis zu 10 Milliarden Euro beispielsweise für einen US-amerikanischen Chiphersteller,⁵² der hohe Gewinne einfährt, sind zu überdenken. Attraktive Rahmenbedingungen sollten Vorfahrt erhalten vor aktiver Industriepolitik.



4. MODERNISIERUNG: ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

4.1. Status quo

Wie bereits in Kapitel 2 dargestellt, wurden im Jahr 2022 lediglich 9,6% der gesamten Staatsausgaben für Investitionen genutzt. Dieser Anteil ist aus der Sicht der jüngeren Generation weit unter dem, was an Investitionen für die Modernisierung der Infrastruktur ausgegeben werden muss. Zukunft gestalten muss zum zentralen Anliegen von Politik und Gesellschaft werden.

Eine moderne Infrastruktur wirkt positiv auf die Attraktivität eines Staates und hat Einfluss auf seine Leistungsfähigkeit – sie ist im Wettbewerb unter den Ländern nicht mehr wegzudenken. Beispielsweise ist ein Staat attraktiv für seine Einwohner, wenn ein gutes und modernes Verkehrsnetz besteht sowie die Gesundheitsversorgung und die Verfügbarkeit von Bildungs- sowie Freizeiteinrichtungen von hoher Qualität sind.

Das Gleiche gilt für den aktuellen Stand der Technik entsprechende Kommunikationsnetze. Dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur eines der drängendsten Modernisierungsprojekte in Deutschland ist, hat zuletzt die Corona-Pandemie deutlich gemacht. In einem IDW Trendwatch Papier zur Wettbewerbsfähigkeit wurden Anfang des Jahres 2022 konkrete Vorschläge und Forderungen zum Ausbau der digitalen Infrastruktur gemacht und die Anforderungen an einen wettbewerbsfähigen Staat genannt.⁵³ Auch ein Jahr später hat sich an dieser Darstellung leider wenig geändert.

In Deutschland stockt die Modernisierung der Infrastruktur, die allseits bekannten bürokratischen Hürden hemmen vielerorts solche Projekte. Sei es der strukturelle Ausbau des Stromnetzes, der Ausbau des deutschen Schienennetzes (bspw. zwischen Hamburg, Bremen und Hannover) oder das Legen schneller Glasfaserleitungen: Oft scheidet eine schnelle Durchführung dieser Projekte an Genehmigungen, langwierigen Ausschreibungen oder an einer langsamen Umsetzung.⁵⁴ Dies betrifft nicht nur staatliche Investitionsmaßnahmen, sondern ebenso die aus der Privatwirtschaft. Regelmäßig finden sinnvolle Modernisierungsprojekte von Unternehmen gar nicht oder nur in geringerem Ausmaß statt, weil die bürokratischen Anforderungen an die Umsetzung das zumutbare Maß überschreiten oder Verfahren zu lange dauern.

Die Corona-Pandemie hat offengelegt, was bei der Digitalisierung alles nachgeholt werden muss. Aber nach drei Jahren Pandemie ist die Verwaltung kaum digitaler, der Internetanschluss im Homeoffice kaum schneller geworden und die Verfügbarkeit von WLAN in Univer-

sitäten und Schulen (oder gar in öffentlichen Gebäuden oder in belebten Großstädten) längst nicht selbstverständlich. Auch in einer Post-Corona Realität werden diese Probleme bleiben.

Die Zeit, in der der Straßen- und Schienenverkehr wegen Lockdown und Homeoffice mancherorts teils gänzlich zum Erliegen gekommen ist und Schulen, Universitäten und Bibliotheken geschlossen waren, ist nicht sinnvoll genutzt worden. Wo steht Deutschland heute im Vergleich zum März 2020? Wieder sind Hauptverkehrsadern überlastet, weil nötige Ausbaustrecken fehlen; wieder gibt es oft – gerade in ländlichen Regionen – nur ein mittelmäßiges Streckennetz des öffentlichen Nahverkehrs; erneut sind Schulen und Universitäten zu großen Teilen alles andere als modern ausgestattet und immer noch ist das Finanzamt nur zu den Öffnungszeiten von 9 bis 16 Uhr und ausschließlich per Post, per Fax oder telefonisch zu erreichen.

Auch das Onlinezugangsgesetz (OZG), das die Digitalisierung der Verwaltung bis Ende 2022 vorsieht, ist bei genauer Betrachtung weit entfernt von einer fristgerechten Umsetzung. Ein Großteil der Projekte ist Stand Anfang 2023 nicht über die Phase „In Umsetzung“ hinausgekommen (knapp 53%). Ungefähr 14,5% der Projekte befinden sich sogar noch im Planungsstatus. Nur ca. 32,5% der Projekte sind bereits eingeführt und umgesetzt.⁵⁵ Die in dieser Verteilung enthaltene Grundgesamtheit beträgt 351 und entspricht demnach nicht den gesamten Verwaltungsleistungen, die planmäßig digitalisiert werden sollen, nämlich 575. Außerdem gilt eine Verwaltungsleistung als nach dem OZG digitalisiert, sobald sie in einer Kommune in Deutschland digital angeboten werden kann.

Dies verfehlt die Intention einer flächendeckenden Einführung.⁵⁶ Von einem Flop ist die Rede,⁵⁷ die Bundesregierung musste nachlegen.⁵⁸

Diese Zustände passen nicht zu einem modernen Staat, in dem die jüngere Generation mit Smartphones aufgewachsen ist, mobil und sprachlich kompetent und möglichst klimaneutral leben will. Gerade hinsichtlich des demographischen Wandels darf der Staat diese Generation nicht verlieren. Die Gefahr besteht, dass man sie an Länder verliert, in denen es at-

traktiver ist zu leben, auch weil dort die Modernisierung proaktiv gestaltet wurde. Nach dem „Best Countries Ranking 2022“ des Nachrichtenmagazins U.S. News stehen Schweden und Dänemark beispielsweise unter den 20 untersuchten Nationen ganz vorne. In der weltweiten Umfrage werden Eigenschaften bewertet, die einer modernen Nation zugeschrieben werden.⁵⁹ Das Ziel für Deutschland muss also sein, einen modernen Staat zu schaffen, der für die jüngere Generation als Einwanderungsland Anziehungskraft hat.

4.2. Blick ins europäische Ausland

Modernisierungsbestrebungen bestehen selbstredend nicht nur in Deutschland. Zum Vergleich wirft das Positionspapier einen Blick ins europäische Ausland. Gemäß dem Länderindex Familienunternehmen, der die Attraktivität des deutschen Standorts im internationalen Vergleich untersucht, belegt Deutschland in 2022 Platz 18 von 21.⁶⁰ Ein ähnliches Bild zeichnet der Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), aus dem der Digitalisierungsgrad als Messzahl für den Grad der Modernisierung abgeleitet werden kann. Es zeigt sich, dass Deutschland im Jahr 2022 in der Europäischen Union Platz 13 von 28 belegt.⁶¹ Die Parameter des Indexes setzen sich zusammen aus Maßzahlen für Konnektivität, Internetnutzung von Privatpersonen, Integration digitaler Technik von Unternehmen und digitaler öffentlicher Verwaltung. Im Ranking ist Estland in der digitalen öffentlichen Verwaltung Spitzenreiter. Die elektronische Identifikationskarte, die eID, ist in Estland ein eindeutiger elektronischer Nachweis der Identität. Diese gibt es in Deutschland bereits, jeder ab 2017 ausgestellte Personalausweis enthält diese Funktion. Die estländische eID kann verwendet werden für elektronische Signaturen, für elektronische Gesundheitsleistungen (bspw. elektronische Rezepte), für die elektronische Steuererklärung oder für das Wählen online (Internet Voting, kurz: iVoting). Damit ist sie um einiges weiter als der deutsche Personalausweis. Erst Anfang November 2022 hat der SPD-Bundestagsabgeordneter Robin Mesarosch zur digitalen Ausweisfunktion des deutschen Personalausweises gesagt, dass diese benutzerfreundlicher werden und sinnvolle Anwendungen bekommen müsse.⁶²



Best Practice: iVoting Estland⁶³

In Estland ist das Online-Wählen zusätzlich zum Wählen im Wahllokal seit 2005 möglich. Hierzu benötigen die Wählerinnen und Wähler einen Computer mit Anti-Viren-Schutz, eine Internetverbindung und die eID. In einem Wahlzeitraum von Montag 9:00 Uhr bis Samstag 20:00 Uhr vor dem eigentlichen Wahl-Sonntag kann online gewählt werden. Die Wählerstimmen sind anonym und verschlüsselt. Die Online-Stimmen werden gemeinsam mit den Stimmen aus dem Wahllokal ausgezählt. Während des Wahlzeitraums kann eine Stimme nochmals geändert werden oder die Wählerinnen und Wähler können ihre bereits abgegebene Stimme nochmals ansehen. Sollte ein Wähler vor dem Wahlsonntag online abstimmen und am Wahltag nochmals im Wahllokal abstimmen, wird nur die im Wahllokal abgegebene Stimme gewertet. Die Online-Stimmen sind speziell verschlüsselt und können nur von mehreren berechtigten Personen gemeinsam entschlüsselt werden.

4.3. Impulse und Lösungsansätze

Für die Modernisierung Deutschlands reicht es nicht aus, wenn Unternehmen in Solarparks investieren, der Staat die eigene Netzinfrastruktur und Ausstattung auf dem neuesten Stand hält und die privaten Haushalte weiterentwickelte Heizungen einbauen oder PV-Anlagen auf Dächer montieren lassen. Der Staat muss den Anteil von unterhalb 10% der Staatsausgaben in Investitionen deutlich erhöhen. Es darf nicht zu einem Ausspielen von notwendigen langfristigen Investitionen gegen kurzfristige Ausgaben zur Brandbekämpfung (Beispiel Corona-Hilfen) kommen. Konkret bedeutet das:

Modernisierung öffentlicher Einrichtungen, Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur

Schulen, Universitäten und ggf. weitere öffentliche Gebäude brauchen dringend eine bessere Ausstattung in baulicher Hinsicht und auch bei der Digitalisierung (z.B. öffentliches WLAN,

Glasfaser usw.). Als Industrienation ist aber der kontinuierliche Ausbau des Straßen- und Schienennetzes notwendig, um dem gestiegenen Verkehrsaufkommen und dem (gestiegenen) Transportbedarf alter und junger Menschen gerecht zu werden. Der Breitbandausbau in allen Regionen, von der Zugspitze bis zur dänischen Grenze,⁶⁴ ist beispielsweise unerlässlich.

Deutschland als begehrtestes Einwanderungsland für High Potentials

Zu einem modernen Staat mitten in Europa gehört eine adäquate Einwanderungspolitik. Um dem Fachkräftemangel abzuwehren, müssen im Ausland anzuwerbende Fachkräfte die Vorteile sehen können. Deutschland befindet sich in einem globalen Wettbewerb um die besten Köpfe und misst sich mit anderen Ländern. Es genügt nicht, Einwanderung möglich oder leichter zu machen und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu reformieren, wenngleich der Reformwil-

le begrüßenswert ist. Ein moderner Staat ist ein wichtiger Baustein.

Moderne öffentliche Verwaltung

Die Digitalisierung der Verwaltung⁶⁵ muss konsequent vorangetrieben werden, sodass Dienstleistungen rein digital durchgeführt werden können, beispielsweise durch das Anbieten von Video-Identifikation für alle Dienstleistungen über Smartphone oder Computer. Ebenso ist eine Entschlackung der Verwaltung notwendig. Dazu gehört, personell und/oder finanziell aufgeblasene Strukturen zu überdenken und ggf. zu reformieren. Das betrifft auch Genehmigungsverfahren, die von der Verwaltung beschleunigt werden müssen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungen gebremst werden, weil Genehmigungsverfahren zu lange dauern und/oder sogar wegen langwieriger und schwieriger Genehmigungsverfahren erst gar nicht in Angriff genommen werden können.

Eine öffentliche Verwaltung leistungsfähiger zu gestalten bedeutet, dieses System auf den Prüfstand zu stellen. Die öffentliche Verwaltung kann leistungsfähiger werden, indem ein leistungsorientiertes Vergütungssystem etabliert wird. Diese Reform wurde bereits 2005 angestoßen, scheint aber nicht erfolgreich umgesetzt worden zu sein.⁶⁶ Bereits zu dieser Zeit wurden Vergleiche angestellt mit den Vergütungs- und Anreizsystemen in der öffentlichen Verwaltung von Großbritannien, Dänemark und Ungarn. Allen Ländern gemein war das Ziel der Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung.⁶⁷ Außerdem muss hier die Digitalisierung als Chance für eine Entschlackung und Beschleunigung von Prozessen verstanden werden und nicht als Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen.

Ausnahmen bei der Verbeamtung sollten zukünftig lediglich bei der inneren Sicherheit (Polizei) oder im Rechtswesen (Richter) möglich sein. Mit einer Entschlackung und einer restriktiveren Vergabe des Beamtenstatus (bspw. für Angestellte der öffentlichen Verwaltung, bei Bürgermeister*innen und bei Lehrer*innen) besteht ein deutliches Einsparpotenzial an Staatsausgaben.

Moderne Politik

Ein innovativer Staat kann nur mithilfe einer vorausschauenden Politik gestaltet werden. Die Tendenz bei politischen Entscheidungen – egal ob auf kommunaler Ebene, auf Landes- oder Bundesebene – geht leider zurzeit eher dahin, dass diese in einem Horizont von Wahlperioden getroffen werden und sich selten auf die längerfristige Zukunft beziehen. Das IDW fordert, Entscheidungen und Vorhaben in der Politik auf ihre langfristigen Auswirkungen und Nutzen zu prüfen, bevor sie umgesetzt werden. Wie im vorangegangenen Kapitel geschildert, würde die konsequente Einführung der Doppik helfen, diese Langfristigkeit im politischen Handeln zu forcieren.

Viele politische Entscheidungen der letzten Jahre waren auf die ältere Generation ausgerichtet und hatten in ihrem Nutzen einen kurzfristigen Zeithorizont, während unbequeme Themen wie die Reformierung der Rente auf die lange Bank geschoben wurden. Entscheidungen zur Klimapolitik wurden bisher nicht mit genug Nachdruck und Blick in die weitere Zukunft verfolgt (vgl. Kapitel 2).



5. FAZIT

Die drei Bereiche Nachhaltigkeit, Modernisierung und Staatsfinanzen dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden, sondern müssen sich sinnvoll ergänzen und im Gleichgewicht befinden. Für die drängenden Probleme der Zeit müssen sowohl kurzfristige als auch langfristige Ziele im Blick behalten werden. Aufgabe des Staates ist es, hierbei generationengerecht zu handeln und die Modernisierung voranzutreiben, auch wenn dies zu höheren Staatsausgaben führt. Der Schwerpunkt sollte auf langfristig sinnvollen Staatsausgaben liegen. Der Aspekt der Nachhaltigkeit darf nicht in den Hintergrund geraten, denn gerade das nachhaltige Wirtschaften mit Ressourcen ist für die Zukunft Deutschlands essenziell.

Die politischen Akteure – vor allem SPD, Grünen und FDP – müssen dieses magische Dreieck mit Leben füllen. Mit einer langfristigen Energie- und Klimapolitik der Zukunft, mit dem Fokus auf nachhaltige Investitionen in der Modernisierung der Infrastruktur und unter Berücksichtigung einer transparenten Ausgabenpolitik. Das Rentensystem muss im Sinne der Generationengerechtigkeit reformiert werden und wieder auf feste Standbeine gestellt werden, sonst droht es innerhalb weniger Jahre zu kollabieren.

Aus IDW Sicht besteht dringender Handlungsbedarf, um die jüngere Generation auf Dauer in Deutschland zu halten und High Potentials aus dem Ausland zur Einwanderung zu motivieren.

Zum Vergleich empfiehlt sich der Blick ins europäische Ausland. Hier können erprobte Konzepte bspw. bei der Energieversorgung, der Rentenpolitik oder den Modernisierungsinvestitionen als best practice Beispiele genutzt und in die deutsche Realität übertragen werden. Das weite Feld der Generationengerechtigkeit mit seinen Berührungspunkten zur Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ist ein Zukunfts- und Gegenwartsthema für Deutschland und muss (vermehrt) in den Fokus der Politik rücken, damit politische Entscheidungen langfristigen Charakter haben und weniger von ideologischen oder wahltaktischen Aspekten beeinflusst werden.

FUSSNOTEN

- ¹ Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/november/deutsche-blicken-mit-grossen-erwartungen-und-skepsis-auf-die-ampel-koalition>, abgerufen am 11.05.2023
- ² Die „Fortschritts-Koalition“ nimmt Form an | Eurojournalist(e), Ampelkoalition: Was steckt hinter dem Begriff Fortschrittskoalition von SPD, Grünen und FDP? (rnd.de), abgerufen am 11.05.2023
- ³ Vgl. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2022/01/Inhalte/Kapitel-2b-Schlaglicht/2b-interview-steffen-saebisch-pdf.pdf?blob=publicationFile&v=5>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁴ Generationengerechtigkeit – Das Recht auf Zukunft | Artikel | BMUV, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵ Ampel-Koalition: Eine Bilanz des ersten Jahrs (handelsblatt.com), Ein Jahr Ampel: Die Bilanz ist besser als die Stimmung | tagesschau.de, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶ Vgl. <https://www.tagesschau.de/kommentar/bilanz-ampel-koalition-101.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁷ Vgl. <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-investitionen-in-infrastruktur-bildung-wohnen-18774.htm>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁸ Meinung: Sondervermögen – Der Elefant im Bundestag – SWR Aktuell, abgerufen am 11.05.2023
- ⁹ Umfrage: Junge Menschen zweifeln an Generationengerechtigkeit | BR24, abgerufen am 11.05.2023
- ¹⁰ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-response-ukraine-invasion/impact-of-russia-s-invasion-of-ukraine-on-the-markets-eu-response/>, abgerufen am 11.05.2023
- ¹¹ Verbraucherpreisindex und Inflationsrate – Statistisches Bundesamt (destatis.de)
- ¹² Inflationsrate in Deutschland von 1950 bis 2022 | Statista, abgerufen am 11.05.2023
- ¹³ Vgl. Inflation in the euro area - Statistics Explained (europa.eu), abgerufen am 03.07.2023
- ¹⁴ <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/inflation-lagarde-sieht-keine-lohn-preis-spirale-im-euro-raum/28995068.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ¹⁵ Vgl. <https://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/verkehrte-finanzwelt-ende-der-globalisierung-das-sind-die-auswirkungen-fuer-anleger/28793402.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ¹⁶ Vgl. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/monatsbericht-februar-2023.pdf?blob=publicationFile&v=5, abgerufen am 11.05.2023
- ¹⁷ Vgl. <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/historisches-klima-urteil-shell-muss-co2-emissionen-reduzieren>, abgerufen am 11.05.2023
- ¹⁸ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/klimaschutz-junge-klaeger-ziehen-vor-europaeisches-gericht-18395157.html> und <https://www.tagesschau.de/inland/klimaschutz-beschluss-analyse-101.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ¹⁹ Deutscher Bundestag Drucksache 20/3101 --- Finanzplan des Bundes 2022 bis 2026, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁰ Vgl. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2022/07/2022-07-01-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2023.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ²¹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/haushalt-2024-bund-will-ausgaben-und-neuverschuldung-drastisch-kuerzen-19006886.html>"Haushalt 2024: Bund will Ausgaben und Neuverschuldung drastisch kürzen (faz.net) abgerufen am 3.7.2023
- ²² <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-07/bundeshaushalt-christian-lindner>"Bundeshaushalt: Lindner plant Etat 2024 mit Neuverschuldung von 16,6 Milliarden Euro | ZEIT ONLINE, abgerufen am 3.7.2023
- ²³ Vgl. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/778196/8c6acc2c59597103d1ff9a437acf27bd/infografik-energie-textversion-data.pdf?download=1>, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁴ <https://taz.de/Stockende-Energiewende/15918299/> und <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/windenergie-bundesverband-totalausfall-ausbau-1.5758867>, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁵ Wilhelmshaven: Eröffnung von erstem LNG-Terminal steht bevor | NDR.de – Nachrichten – Niedersachsen, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁶ Vgl. <https://www.rolandberger.com/de/Insights/Global-Topics/Hydrogen/>, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁷ Vgl. u.a. <https://www.handelsblatt.com/politik/erneuerbare-energien-hier-geht-die-groesste-produktion-europas-fuer-gruenen-wasserstoff-in-betrieb/28367634.html> und <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/spanien-gruener-wasserstoff-statt-kohlebergbau-101.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁸ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/spanien-gruener-wasserstoff-statt-kohlebergbau-101.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ²⁹ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/union-lindner-ist-rekordschuldenmacher-18479830.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ³⁰ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/hohe-schulden-hohere-zinsen-da-braut-sich-etwas-zusammen-8743735.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ³¹ Vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/vor-haushaltsberatungen-bundesrechnungshof-kritisiert-haushaltspolitik-der-ampel-und-fordert-sie-zum-sparen-auf/28648876.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ³² So auch Bundesminister der Finanzen Christian Lindner am 1.3.2023 im Bundestag: [Regierungsbefragung: Einnahmen und Ausgaben wieder in Balance bringen | FDP](#), abgerufen am 11.05.2023
- ³³ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sondervermoegen-was-durch-die-schulden-auf-deutschland-zu-kommt-18355594.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ³⁴ [Steuerschätzung: Christian Linder erwartet 2024 weniger Einnahmen – DER SPIEGEL](#), abgerufen am 11.05.2023
- ³⁵ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/haushalt-2024-bund-will-ausgaben-und-neuverschuldung-drastisch-kuerzen-19006886.html>"Haushalt 2024: Bund will Ausgaben und Neuverschuldung drastisch kürzen (faz.net), abgerufen am 3.7.2023
- ³⁶ Vgl. <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/der-chefoekonom-kommentar-die-sozialversicherung-ist-die-grosse-gewinnerin-der-inflation/28743666.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ³⁷ Vgl. <https://live.handelsblatt.com/wp-content/uploads/2022/02/Aon-Studie-2021-Generationengerechtigkeit-in-der-bAV.pdf>, abgerufen am 11.05.2023
- ³⁸ [Rente: Christian Lindner will Kapital für Aktienrente deutlich aufstocken | ZEIT ONLINE](#), abgerufen am 11.05.2023
- ³⁹ [Christian Lindner will Kapital für Aktienrente deutlich aufstocken – DER SPIEGEL](#), abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁰ [Rentenfinanzierung am Kapitalmarkt: Regierung stellt Aktienrente vor | tagesschau.de, Die Aktienrente kommt – aber ganz anders als gedacht – Capital.de](#), abgerufen am 11.05.2023
- ⁴¹ Vgl. [Sozialpolitik; Hubertus Heil \(SPD\) ist der Nach-mir-die-Sintflut-Minister – DER SPIEGEL](#), abgerufen am 11.05.2023
- ⁴² [Renteneintrittsalter: Kanzler Scholz will weniger Frührentner | tagesschau.de](#), abgerufen am 11.05.2023

- ⁴³ Stand 1. Quartal 2022, Quelle: Statista und [Staatsverschuldung Deutschland 2022: Aktuelle Höhe & Schuldenuhr \(handelsblatt.com\)](#), abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁴ Vgl. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/7/beitrag/chronischer-investitionsmangel-eine-deutsche-krankheit.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁵ Vgl. <https://www.merkur.de/leben/geld/deutschland-rente-vergleich-europa-netto-lohn-prozentual-renteneintritt-zr-91775933.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁶ Vorbild Skandinavien: Gesetzliche Aktienrente als Ausweg? | [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁷ Vgl. <https://www.versicherungsbote.de/id/4844492/Danemark-Rente-Renteneintrittsalter/>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁸ Vgl. <https://www.ihre-vorsorge.de/nachrichten/lesen/daenen-sollen-2100-mit-74-jahren-in-rente-gehen-koennen.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁴⁹ Vgl. <https://dvg-ev.org/2021/05/was-wir-von-den-nachbarn-lernen-koennen/>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵⁰ Vgl. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/214729/1/1691058556.pdf>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵¹ Vgl. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/88875/1/75671639X.pdf>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵² Intel hält für geplante Chipfabrik in Magdeburg knapp zehn Milliarden Euro Förderung für notwendig (handelsblatt.com), abgerufen am 11.05.2023; <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Bericht-Intel-will-10-Milliarden-Euro-fuer-neue-Chipfabrik-article23902131.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵³ IDW Trendwatch Papier „Wettbewerbsfähigkeit“ Kapitel 3.1.2.
- ⁵⁴ <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-sechs-vorschlaege-mit-denen-sich-fesseln-der-deutschen-buerokratie-loesen-lassen/28666444.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵⁵ <https://dashboard.ozg-umsetzung.de/>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵⁶ <https://www.d-velop.de/blog/compliance/onlinezugangsgesetz-2022/>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵⁷ https://rp-online.de/politik/weshalb-das-onlinezugangsgesetz-bislang-ein-flop-ist_aid-84594681
- ⁵⁸ https://www.kommune21.de/meldung_40506_Entwurf+f%3%BCr+%3%84nderungsgesetz+vorgelegt.html, abgerufen am 11.05.2023
- ⁵⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/732084/umfrage/top-20-der-laender-mit-der-hoechsten-lebensqualitaet-nach-dem-best-countries-ranking/>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶⁰ <https://www.familienunternehmen.de/laenderindex-familienunternehmen>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243006/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶² <https://www.buergerservice.org/lib.medien/video/20221109AuszugRedebeitragMDBRobinMesarosch.mp4>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶³ <https://www.valimised.ee/en/internet-voting-estonia>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶⁴ Siehe hierzu IDW Trendwatch Papier „Wettbewerbsfähigkeit“ Kapitel 3.1.2.
- ⁶⁵ Siehe hierzu IDW Trendwatch Papier „Wettbewerbsfähigkeit“ Kapitel 3.1.3.
- ⁶⁶ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/oeffentlicher-dienst-der-stille-abschied-vom-leistungsprinzip-17654356.html>, abgerufen am 11.05.2023
- ⁶⁷ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_EU-Review_Verguetung.pdf, abgerufen am 11.05.2023

Ihre Notizen:

Ihre Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Dieses Positionspapier wurde vom Jung-WP Forum und vom Ausschuss Trendwatch des IDW erarbeitet.

Das Jung-WP Forum ist ein Zusammenschluss von jungen Berufsangehörigen, die in den vergangenen fünf Jahren zum Wirtschaftsprüfer bestellt worden sind oder deren Bestellung in Kürze bevorsteht.

Wir freuen uns über Ihre Anmerkungen. Sie können diese direkt an das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Postfach 320580, 20420 Düsseldorf, oder an nati@idw.de senden.

Copyright © Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 2023.

Bildrechte: Seite 3, 4, 6, 11, 16, 21: ©Adobe-Stock.com/blankstock, Seite 3: ©Adobe-Stock.com/Mikhail Piatrou, Seite 4: ©Adobe-Stock.com/J Bettencourt/peopleimages.com, Seite 6: ©Adobe-Stock.com/thingamajiggs, Seite 11: ©Adobe-Stock.com/Andrey Popov, Seite 16: ©Adobe-Stock.com/2ragon

INSTITUT DER WIRTSCHAFTSPRÜFER IN DEUTSCHLAND E.V.
WIRTSCHAFTSPRÜFERHAUS

Tersteegenstr. 14
40474 Düsseldorf

Postfach 32 05 80
40420 Düsseldorf

Telefon: +49 (0) 211/4561-0
Telefax: +49 (0) 211/4561097

E-Mail: info@idw.de
Web: www.idw.de

